

# Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

## Digitalisierung, Mediatisierung, Demokratie: Politische Medienbildung als Anliegen und Auftrag der Erwachsenenbildung

**Inken Heldt**

In der Ausgabe 44-45, 2022:  
„Digitalisierung und Erwachsenenbildung.  
Reflexionen zu Innovation und Kritik“



# Digitalisierung, Mediatisierung, Demokratie: Politische Medienbildung als Anliegen und Auftrag der Erwachsenenbildung

**Inken Heldt**

**Zitation** Heldt, Inken (2022): Digitalisierung, Mediatisierung, Demokratie: Politische Medienbildung als Anliegen und Auftrag der Erwachsenenbildung. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 44-45.  
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-44-45>.

Schlagworte: Medienbildung, Mündigkeit, Partizipation, Big Data, Datensouveränität, Algorithmisierung



## Kurzzusammenfassung

Die Digitalisierung ist in einem viel umfassenderen Sinne „politisch“ als gemeinhin bewusst – so lautet die Grundthese der Autorin. Denn: Das Politische der Digitalisierung erschöpft sich nicht in politikbezogenen Intentionen von in der digitalen Öffentlichkeit agierenden Personen, sondern ist grundlegend in die Funktionslogik und in die Funktionsbedingungen von digitalen Räumen eingeschrieben. So ist deren Konfiguration und Infrastruktur von vielfältigen Akteursinteressen durchzogen. Das hat weitreichende Folgen für die Inhalte und Ziele politischer Medienbildung, die bisher allerdings kaum Eingang in die Bildungspraxis gefunden haben. Eine zentrale Aufgabe wäre demnach die Bewusstmachung und kritische Befragung der für die Einzelnen meist unverfügbaren techno-sozialen Strukturen, die Menschen und das menschliche Zusammenleben unweigerlich prägen, indem Chancen (nicht) zugeteilt und Wissen sowie Relevanzsetzungen geordnet werden. Diese meist unsichtbaren Mechanismen müssen in den Blick geraten, um Menschen dazu zu befähigen, sich mit den der Digitalisierung inhärenten Machtverhältnissen auseinanderzusetzen. Damit sollen Bildungssubjekte dazu ermutigt werden, den digitalen Wandel aktiv und demokratiefreundlich zu gestalten. (Red.)

# Digitalisierung, Mediatisierung, Demokratie: Politische Medienbildung als Anliegen und Auftrag der Erwachsenenbildung

**Inken Heldt**

**Digitale Medien und Digitale Dienste durchdringen die täglichen Informations- und Kommunikationspraktiken fast aller Menschen: Wer möchte schon auf die Annehmlichkeiten von Wetter-, Chat-, Navigations- oder Nachrichten-Apps verzichten? Diese „Mediatisierung“ (siehe Krotz 2007) oder „Digitalisierung der Lebenswelt“ wirkt auf die Inhalte und Ziele der Erwachsenenbildung zurück.**

Fragt man angehende LehrerInnen, ob die Digitalisierung als Lerngegenstand auch eine „politische“ Dimension habe, kreisen die Antworten meist um das offensichtlich Politische<sup>1</sup>: Wie Donald Trump mit „Fake News“ und „Filterblasen“ Politik gemacht hat, dass „Hate Speech“ und antidemokratische Narrative im digitalen Raum eine zunehmende Verbreitung erfahren und dass mittlerweile fast alle PolitikerInnen auf Social Media-Kanälen für sich werben.

Grundthese der in diesem Beitrag dargelegten Überlegungen ist, dass der Bildungsgegenstand „Digitalisierung“ in einem viel umfassenderen Sinne als „politisch“ zu verstehen ist, dies im Diskurs der Politischen Bildung aber kaum Beachtung erfährt. Das Politische erschöpft sich also nicht in den

genannten politikbezogenen Intentionen, sondern es findet sich grundlegend in den Funktionslogiken und Funktionsbedingungen von digitalen Räumen eingeschrieben.

Konkret meint das: Die Infrastruktur des digitalen Raums ist unmerklich von den Interessen und Absichten überwiegend ökonomischer Akteurinnen und Akteure geprägt. Ein Wissens- und Machtgefälle zwischen den AnbieterInnen und den NutzerInnen von sozialen Medien ist zu konstatieren und sollte als höchst folgenreich für die individuelle und die kollektive gesellschaftliche Selbstbestimmung problematisiert werden. In den Blick rücken Themenbereiche wie die permanente Beobachtung, Vermessung und Klassifizierung von UserInnen im Netz, ökonomisch motivierte Datenerhebungs- und

---

<sup>1</sup> Förderhinweis: Das dieser Publikation zugrundeliegende Projekt „U.EDU: Unified Education – Medienbildung entlang der Lehrerbildungskette für berufsbildende Schulen“ wird im Rahmen der gemeinsamen „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01JA2029 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin.

Auswertungspraktiken, die Algorithmisierung der Alltagswelt und der Einsatz automatischer Entscheidungsfindung („Algorithmic/Automated Decision Making“, ADM).

Die Aufgabe der politischen Medienbildung besteht in diesem Sinne in einer Bewusstmachung und einer kritischen Befragung der für den/die Einzelne/n unverfügbaren techno-sozialen Strukturen, die den Menschen unweigerlich prägen, ihm Chancen zuteilen, sein Wissen und seine Relevanzsetzungen ordnen und sich in die Praktiken des Zusammenlebens einschreiben, sich der bewussten Wahrnehmung aber in der Regel entziehen. Was sich der Wahrnehmung entzieht, kann keiner Kritik und Kontroverse um Alternativen ausgesetzt werden.

Es geht für die Erwachsenenbildung folglich darum, den Blick für das nicht offensichtlich Politische der Digitalisierung zu schärfen. Der Anspruch einer „politischen“ Rahmung des Lerngegenstandes Digitalisierung besteht dann darin, die bestehenden, oft unsichtbaren Strukturen und Verhältnisse sichtbar zu machen und Menschen zu einer Auseinandersetzung mit diesen Verhältnissen zu befähigen, ihnen Möglichkeiten der Beteiligung und eigenen Positionierung zu eröffnen (vgl. Zeuner/Kessl/Schmidt 2016, S. 5). Politische Bildung vermittelt Kenntnisse, die nötig sind, um bestehende Gestaltungen des Digitalen sowie die Effekte dieser Gestaltungen zu erkennen, einer Kritik zu unterziehen und durch individuelles, aber auch kollektives Handeln alternative Rahmensetzungen und Medienpraktiken in den öffentlichen Diskurs zu bringen.

Vom Politischen der Digitalisierung und der digitalen Medien auszugehen, bedeutet auch, der Annahme eines sogenannten technischen Determinismus entgegenzutreten. Digitalisierung darf nicht als neutraler, technikgetriebener, quasi unveränderbarer Prozess missverstanden werden, auf den die Erwachsenenbildung nur passiv mit Qualifizierungsangeboten reagieren kann. Dadurch präsentiert sie sich als apolitisch (vgl. Holzer 2018, S. 21) und stellt sich zugleich in den Dienst der bestehenden, kritikwürdigen Ordnung. Im Kontrast dazu geht es Politischer Bildung um ein Verständnis von Digitalisierung als einem sozio-technischen Prozess: Im Verweis darauf, dass „*nicht sein muß, was ist*“ (Blumenberg 1987, S. 57), legt diese Perspektive

den Blick dafür frei, dass der digitale Raum auf einem Gestaltungsvorgang beruht und nicht die strukturelle Eigenlogik der Technik an sich, sondern die Normen und Praktiken ihrer Anwendung ausschlaggebend für die Entwicklung des digitalen Wandels sind. Der digitale Wandel muss insofern stärker als bisher als eine politisch-gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe akzentuiert und mit einem normativen Anspruch verknüpft werden. Dieser Anspruch lautet, alle Menschen als freie, gleiche und selbstbestimmte Individuen zu stärken und zu unterstützen. Es geht in der Bildungspraxis daher um die Befähigung und Ermutigung von Lernenden zur Partizipation an einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs über die Frage, wie Digitalisierung so gestaltet werden kann, dass sie dem Anspruch auf Selbstbestimmung und Selbstverfügbarkeit von Subjekten gerecht wird, und um die Frage, wie alle gesellschaftlichen Gruppen von ihr profitieren können. Eine Erwachsenenbildung, die das Ziel der Selbstbestimmung von Individuen verfolgt, muss dabei auch die gesellschaftlichen Bedingungen für diese Selbstbestimmung adressieren und gegebenenfalls Möglichkeiten der Veränderung dieser Bedingungen thematisieren. Das heißt konkret: „Digitale Mündigkeit“ im Sinne einer Selbstbestimmung im digitalen Raum kann nicht über die Vermittlung individueller Kompetenz allein gewährleistet werden, sondern erfordert regulatorische Rahmensetzungen vonseiten der institutionalisierten Politik (vgl. Gapski 2019, S. 28). Hierfür muss Politische Bildung sensibilisieren.

## **Aufgabenbereiche politischer Medienbildung**

Grundlegend für eine sich als „politisch“ verstehende Medienbildung ist die Frage, welche Kenntnisse, Fähigkeiten und Rahmenbedingungen nötig sind, um in einer von Digitalisierung geprägten Welt selbstbestimmt und reflektiert agieren zu können, um an öffentlichen Debatten über die gesellschaftliche Transformation kritisch teilhaben zu können und um digitalen Phänomenen auch widerständig begegnen zu können (siehe Heldt 2022).

Die Auseinandersetzung mit digitalisierungsbezogenen Fragen findet bisher überwiegend im Kontext von (politischer) Medienbildung statt. Die

Aufgabenbereiche politischer Medienbildung beziehen sich einerseits auf die Förderung funktionaler Handlungskompetenzen im Sinne der reflexiven Sensibilisierung für eigene Rezeptions-, Kommunikations- und Partizipationsstrategien im Netz. Andererseits geht es um die Förderung politischer Analyse- und Urteilskompetenz im Sinne der Frage, welche Chancen, Bedrohungen und Missbrauchspotentiale sich durch die digitale Transformation für das gesellschaftliche Zusammenleben und für die individuelle Selbstbestimmung eröffnen.

Analytisch zu trennen ist hiervon der Bereich mediendidaktischer Überlegungen zur Gestaltung von Bildungspraxis, also eines Lernens „mit“ digitalen Tools oder eines Lernens innerhalb digitaler Lehr-/Lernumgebungen. Dieser Beitrag fokussiert im Folgenden das Lernen „über“ digitale Medien (siehe Heldt 2022).

Die in Tabelle 1 vorgenommene Differenzierung verhilft zu einer orientierenden Übersicht der Aufgabenbereiche medienbezogener politischer Bildung (siehe Tulodziecki/Grafe 2020). Die Gegenstandsfelder sind

nicht trennscharf zu unterscheiden, sondern stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander; sie sollten in der Praxis miteinander verzahnt werden.

### Kritische Recherche- und Quellprüfungskompetenz

Die Förderung eines kritisch-reflektierten Umgangs mit medial vermittelten Informationen und die Fähigkeit zur kriteriengeleiteten Beurteilung ihrer Qualität und Validität gelten seit jeher als ein Kernanliegen der Politischen Bildung (siehe Oberle/Heldt 2022 i.E.). Der Wandel von traditionellen Massenmedien hin zur digitalen Medienlogik wird nur unzureichend als eine bloße Weiterentwicklung bisheriger Medienräume durch datenbasierte Technologien erfasst: Im Vergleich zum vor-digitalen Medienzeitalter haben sich die Anforderungen an die Analyse- und Urteilskompetenzen der RezipientInnen nicht nur verändert, sondern auch erhöht. Das liegt an neuen Rahmenbedingungen der Medienproduktion und Mediendistribution. Die Priorisierung und die Auswahl bestimmter Meldungen

Tab. 1: Die Aufgabenbereiche politischer Medienbildung

Lernen „über“ Medien		Lernen „mit“ Medien
<b>[a] Handlungs- und nutzungsbezogener Bereich:</b> „Wie nutze ich Medien?“	<b>[b] Inhaltsbezogener Bereich:</b> „Welche direkten und indirekten Auswirkungen haben Medien / Mediatisierung auf Individuum und Gesellschaft? Wie positioniere ich mich dazu?“	<b>[c] Unterrichtsmethodischer Bereich:</b> „Wie setze ich digitale Tools und Lernumgebungen in der Bildungspraxis ein?“
Medien als Informationsträger	Medien und mediale Phänomene als subjekt- und gesellschaftsprägendes „Problemfeld“	Medien als ein Gestaltungsmittel des Unterrichts
Exemplarische Aufgabenfelder: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kritische Recherche- und Quellprüfungskompetenz</li> <li>• Kritische digital-mediale Kommunikationsfähigkeit</li> <li>• Digital-mediale Partizipationsfähigkeit</li> </ul>	Exemplarische Aufgabenfelder: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Analyse- und Urteilskompetenz in Bezug auf gesellschaftspolitische Auswirkungen / Funktionslogiken und medienökonomische Bedingungen / Gestaltungserfordernisse des digitalen Raums</li> </ul>	Exemplarische Aufgabenfelder: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kriteriengeleitete Entscheidung über die mediale Rahmung der Bildungspraxis (Einsatz von digitalen Lernumgebungen, digitalen Tools/ Apps)</li> </ul>
Exemplarische Themen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fake News</li> <li>• Suchmaschinen als Filter der Wirklichkeit</li> <li>• Online-Petitionen</li> </ul>	Exemplarische Themen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sammlung und Verwertung personenbezogener Daten</li> <li>• Privatheit</li> <li>• Algorithmische Diskriminierung</li> </ul>	Exemplarische Themen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kollaboratives Lernen mit digitalen Tools</li> <li>• Online-Planspiele</li> <li>• Einsatz von Game-Based Learning (z.B. Kahoot)</li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung

erfolgen nicht länger durch eine journalistische Entscheidung und Verifikation entlang inhaltlicher Gütekriterien, sondern auf der Grundlage der von Künstlicher Intelligenz angeleiteten Algorithmen. Durch das unablässig konkurrierende Nebeneinander von nutzerInnen generierten, werblichen und redaktionell erstellten Kommunikationsinhalten im Netz bleibt häufig undurchsichtig, von wem welche Inhalte stammen und welche Absichten durch das Publizieren verfolgt werden. In der Regel wird das betreffende Kommunikationsformat nicht formal gekennzeichnet, was zu Kontextualisierungsschwierigkeiten vor allem bei der Konfrontation mit antidemokratischen Positionen und rassistischer Propaganda („Hate Speech“), verschwörungstheoretischen Aussagen und manipulativ-irreführenden Inhalten („Fake News“) führen kann. Um MediennutzerInnen in ihrem individuellen Widerstand gegen Manipulationsversuche im Netz zu unterstützen, ist die Einübung einer kritisch-reflexiven Distanz zu widersprüchlichen Informationslagen mit uneindeutigem Wahrheits- und Wahrhaftigkeitsgehalt ein leitendes Bildungsziel („Ambiguitätstoleranz“, siehe dazu Besand 2020). Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass die dominanten Geschäftsmodelle von Plattformen wie Meta oder Google von Phänomenen wie Fake News und Hate Speech durchaus profitieren können; die Bekämpfung dieser Phänomene setzt nicht nur individuelle Kompetenzen, sondern auch geeignete politische Regulierungen und Rahmenbedingungen voraus.

Die Flut von ungeprüften Inhalten im Internet lässt auch die Fähigkeit zur gezielten Recherche von Wissen und Informationen bedeutender werden. Suchmaschinen in der Praxis politischer Bildungsarbeit zu thematisieren, bedeutet, diese nicht als „neutrales“ Suchwerkzeug, sondern vielmehr als Filter zu betrachten, der den Zugang zu Medieninhalten vermittelt – und NutzerInnen damit potentiell um einen Teil ihrer Entscheidungsautonomie bringt.

## **Digital-mediale Kommunikationsfähigkeit**

Die Förderung eines gesellschaftlich handlungsfähigen Subjekts kann als Leitidee der medienbezogenen Politischen Bildung gelten, womit individuelle

Artikulations- und Handlungsfähigkeiten einen zentralen Stellenwert erlangen.

Zu kommunikativen politischen Handlungen zählen Aktivitäten wie die Diskussion und die Kommentierung gesellschaftsrelevanter Themen z.B. auf News-Foren oder entlang von Twitter-Hashtags. Eine hierauf bezogene Aufgabe der politischen Medienbildung besteht in der Befähigung zu einer reflektierten Gestaltung eigener netzbasierter Kommunikationsaktivitäten im Sinne einer demokratischen Debattenkultur. Sich selbst durch digitale Räume zu navigieren, sich selbst und die eigene Rolle innerhalb digitaler Kommunikationsstrukturen zu hinterfragen, aber auch über sich selbst hinauszudenken, die Risiken für andere zu antizipieren und zum Maßstab eigenen Urteilens zu machen, sind Kompetenzen, die neu erworben werden müssen. Die Identifikation menschenverachtender Narrative und die Sensibilisierung für Formen von „Hate Speech“ einschließlich der Reflexion von Gegenstrategien gelten als Teil der bildungspraktisch anzueignenden Kompetenz.

## **Digital-mediale Partizipationsfähigkeit**

Neben kommunikativen politischen Handlungen sind Formen partizipativer politischer Handlungen sowie ihre Ermöglichungsbedingungen ein zentrales Thema Politischer Medienbildung. In dieser Perspektive geht es um die Ermutigung von Lernenden, chancenorientiert und neugierig subjektive und kollektive Handlungsgelegenheiten im Netz zu erkennen und zu ergreifen, um Aufmerksamkeit und Unterstützung für eigene politische Anliegen und Standpunkte zu schaffen. Der digitale Raum hat neue Formen und Dynamiken von politischer Aktivität entstehen lassen, die sich häufig den tradierten Bestimmungsmerkmalen von Partizipation widersetzen. Eine hilfreiche Unterscheidung bietet Jan van Deth (2014) an, wenn er Aktivitäten wie folgt ordnet: (1.) Aktivitäten, die sich im Rahmen staatlich geschaffener Partizipationsformate vollziehen (z.B. Teilnahme an öffentlichen Online-Konsultationen), (2.) Aktivitäten, die den institutionalisierten Politikbetrieb adressieren (z.B. digitale Petitionen zivilgesellschaftlicher Plattformen), (3.) Aktivitäten, die als „bottom up“-Initiativen darauf zielen, Veränderungsprozesse für kollektive Probleme

anzustoßen (z.B. die kollaborative Erstellung gemeinnütziger Wikis oder die Organisation von Unterstützungsleistungen für Geflüchtete), (4.) individuelle kommunikative oder expressive Akte (z.B. der Boykott bestimmter Tools oder Plattformen). Die letztgenannte, vierte Form von partizipativen politischen Handlungen weist starke Überschneidungen mit kommunikativen politischen Handlungen auf.

Für die Politische Bildung sind damit auch solche Formen von Handlungen relevant, die nicht unmittelbar auf eine Einflussnahme auf den institutionalisierten Politikbetrieb zielen, die aber zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beitragen.

Netzbasierte Partizipations- und Diskursformen sollten unter dem Aspekt ungleicher, nicht-inklusive Zugänge zu der digitalen Öffentlichkeit und unter dem Aspekt der asymmetrischen Repräsentation von Interessen reflektiert werden („digital divide“). Es gilt insofern, einem einseitig enthusiastischen Bild von digitaler Partizipation als einem grenzenlosen, egalisierenden Teilhabe-Angebot der Demokratie vorzubeugen. Die Ambivalenzen digitaler Partizipation beziehen sich beispielsweise auf die durch Partizipationsaktivitäten generierten Datenspuren, welche die ökonomischen Verwertungsinteressen jeweiliger Plattformbetreiber bedienen und damit potenziell die zu problematisierende Ordnung des digitalen Raumes reproduzieren.

## **Analyse- und Urteilskompetenz in Bezug auf gesellschaftspolitische Auswirkungen**

Das wechselseitige Bedingungsverhältnis von Medien und Politik ist seit jeher ein Inhaltsfeld der Erwachsenenbildung. In den letzten Jahren haben sich beide Referenzpunkte dieses Bedingungsverhältnisses fundamental verändert. Damit stellt sich die Frage nach den Strukturbedingungen dieser Veränderung.

Eine grundlegende Strukturbedingung digitaler Medien sind Algorithmen bzw. ist die algorithmisch gesteuerte Filterung von Aussagen, Nachrichten und Suchergebnissen. Auch Vernetzungsmöglichkeiten zwischen NutzerInnen entlang spezifischer

Themen und Positionen sind algorithmisch angeleitet; sie lassen semi-private Kommunikationsräume wie z.B. Facebook-Gruppen entstehen. Damit ist die verbreitete Diagnose der Fragmentierung der Öffentlichkeit benannt, wonach die Unterteilung der Gesellschaft in Partikularöffentlichkeiten einem gemeinsam geteilten Verständnis über zu lösende Probleme entgegensteht. Besondere Prominenz hat die These sogenannter Echokammern und Filterblasen gewonnen, wonach bestimmte Nachrichten und Narrative vorrangig innerhalb einer jeweiligen Teil-Öffentlichkeit rezipiert und verbreitet werden, dabei widersprechende Positionen aber kaum zur Kenntnis gelangen. Durch diese Selbstreferenzialität werden gesellschaftliche Meinungspolarisierungen und soziale Spaltungen begünstigt, ohne sie direkt zu verursachen.

Politische Medienbildung soll ein Verständnis dafür wecken, dass in digitalen Kommunikationsräumen Manipulationen ansetzen, die ein mündiges selbstbestimmtes Denken in Gefahr bringen können. Dazu zählt, dass wirtschaftliche und politische Akteurinnen und Akteure durch verdeckte strategische Kommunikation nach der Definitionsmacht über Problembeschreibungen, Problemlösungen und Handlungsansätze streben und sich dabei z.B. Social Bots bedienen, die als Meinungsroboter bestimmte Inhalte verbreiten.

Die Prozesse der Kommunikation und Medienrezeption im digitalen Raum entstehen auf Basis einer Infrastruktur, deren Motivation ökonomisch und nicht demokratisch definiert ist: Der durch digitale Plattformen bereitgestellte Rahmen für Kommunikation dient dem Zweck, mit NutzerInnen Daten Profit zu erzielen, und nicht dem Zweck, eine gesellschaftliche Selbstverständigung über gemeinsame Angelegenheiten zu befördern (vgl. Dietz 2021, S. 44). In diesem Sinne rücken auch die durch Plattformen bereitgestellten Kommunikationsarchitekturen in den Blick. Nach deren Formatvorgaben werden verständigungsorientierte, auf Argumentation aufbauende Kommunikationsmuster und -inhalte strukturell eingeschränkt, gleichzeitig aber trivial-selbstexpressive und emotionalisierte Inhalte begünstigt, so die Kritik (siehe Dietz 2021).

Der Kern des Problems besteht darin, dass die Geschäftsmodelle der meisten reichweitenstarken

Internet-Plattformen auf der umfassenden Erhebung und Verwertung von NutzerInnendaten basieren. Die Daten werden für die Kategorisierung und Bewertung von Menschen („social scoring“) und die Beeinflussung von menschlichem Verhalten (z.B. durch zielgruppenspezifisches „Microtargeting“) dienlich gemacht und stellen damit sowohl eine Gefährdung individueller Autonomie als auch eine Gefährdung des Prozesses demokratischer Willensbildung dar (vgl. WBGU 2019, S. 419).

Bezogen auf den Bildungskontext eröffnet die Durchdringung der Bildungspraxis mit mediengestützten Dienstleistungen (z.B. im Rahmen von „Learning Analytics“) die Möglichkeit, das Entwicklungspotential einzelner Lernender datenbasiert „vorauszurechnen“ – und damit die freie Entfaltungschance von Bildungssubjekten einzuschränken.

Für die Politische Bildung kann die diesen Prozessen zugrundeliegende Sammlung und Verwertung privater Daten, die häufig unter dem Schlagwort „Big Data“ diskutiert wird, als ein Schlüsselthema gelten. Die Auseinandersetzung mit der Verfügungsgewalt über personengebundene Daten wirft die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen individueller Datensouveränität („informationelle Selbstbestimmung“) und der Dringlichkeit von Freiheit und Privatsphäre in einer „datafizierten“ Welt auf. Damit ist auf ein neues bedeutsames Aufgabenfeld der Erwachsenenbildung hingewiesen: Eine Auseinandersetzung mit der Selbstbestimmung über personenbezogene Daten und mit dem Konzept von Privatheit, das nicht allein als individuelle Option auf Rückzug, sondern als wichtiger Bestandteil demokratischen Zusammenlebens verständlich werden muss (vgl. Seubert/Helm 2017, S. 123). Entsprechende

Bildungsziele dürfen sich nicht auf Kompetenzen zu einem „Selbstdatenschutz“ kaprizieren, also etwa die individuelle Nutzung von Verschlüsselungstools, sondern müssen die strukturellen Grenzen individueller Datenautonomie einschließen.

## Fazit

Es wäre verfehlt, „Digitalisierung“ als eine unabhängige Kraft zu betrachten, die auf eine vorgängig unbefleckte Demokratie einwirkt. Nicht nur die Phänomene und Effekte von Digitalisierung sind als Lerngegenstand der Politischen Bildung zu fassen, sondern auch ihre Bezugsprobleme, d.h. die „immer schon“ vorhandenen gesellschaftlichen Muster und Praktiken, zu denen Digitaltechnologien ein Wechselverhältnis eingehen. Die Umkehr des Blickwinkels von der Frage „Was macht die Digitalisierung mit Menschen?“ hin zu der Frage „Was machen Menschen mit der Digitalisierung?“ rückt den kritischen Anspruch politischer Medienbildung in den Blick: Bildungssubjekte zu ermutigen und zu befähigen, an der Gestaltung des digitalen Wandels teilzuhaben und diesen demokratiefreundlich zu wenden. Dabei kommt es in den Worten von Heinz Steinert (2007, S. 230) *„nicht auf ein ‚Ergebnis‘ an, das man getrost nach Hause tragen könnte, sondern es geht um eine denkerische Auseinandersetzung mit Erfahrungen von Welt“* – das heißt im Kontext des Bildungsgegenstandes der Digitalisierung konkret: Es geht um die denkerische Auseinandersetzung mit der eigenen unumgänglichen Verstrickung in die Dynamik sozio-technischer Infrastrukturen. Es geht um die Sichtbarmachung der Unsichtbarkeit von Macht im digitalen Raum sowie ihrer Effekte auf Subjekte und Gesellschaft.

## Literatur

**Besand, Anja (2020):** Die Krise als Lerngelegenheit. Oder: Kollaterales politisches Lernen im Kontext der Covid-19-Pandemie. Dresden. Online: [https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/dpb/studium/lehrveranstaltungen/die-krise-als-lerngelegenheit?set\\_language=de](https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/dpb/studium/lehrveranstaltungen/die-krise-als-lerngelegenheit?set_language=de) [Stand: 2021-12-21].

**Blumenberg, Hans (1987):** Die Sorge geht über den Fluß. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

**Dietz, Simone (2021):** Wahrheit in der digitalen Kulturindustrie. In: Schicha, Christian/Stapf, Ingrid/Sell, Saskia (Hrsg.): Medien und Wahrheit: Medienethische Perspektiven auf Desinformation, Lügen und „Fake News“. Baden-Baden: Nomos, S. 43-58.



- Gapski, Harald (2019):** Mehr als Digitalkompetenz. Bildung und Big Data. In: APuZ 27-28, S. 24-29.
- Heldt, Inken (2022):** Medienbildung im Zeitalter der Digitalisierung. In: Sander, Wolfgang/Pohl, Kerstin (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 374-381.
- Holzer, Daniela (2018):** Das Politische in der Erwachsenenbildung. In: Grotlüschen, Anke/Schmidt-Lauff, Sabine/Schreiber-Barsch, Silke/Zeuner, Christine (Hrsg.): Das Politische in der Erwachsenenbildung. Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 17-26.
- Krotz, Friedrich (2007):** Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oberle, Monika/Heldt, Inken (2022 i.E.):** Politische Bildung in der digitalen Welt. In: Frederking, Volker/Romeike, Ralf (Hrsg.): Fachliche Bildung in der digitalen Welt. Digitalisierung, Big Data und KI im Forschungsfokus von 15 Fachdidaktiken. Fachliche Bildung und digitale Transformation – Fachdidaktische Forschung und Diskurse. Münster: Waxmann.
- Seubert, Sandra/Helm, Paula (2017):** Privatheit und Demokratie. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen 30 (2), S. 120-123.
- Steinert, Heinz (2007):** Dialektik der Aufklärung als Ideologiekritik der Wissensgesellschaft. In: Winter, Rainer/Zima, Peter V. (Hrsg.): Kritische Theorie heute. Bielefeld: transcript, S. 207-234.
- Tulodziecki, Gerhard/Grafe, Silke 2020:** Kompetenzerwartungen an Lehrpersonen und Professionalisierung angesichts von Mediatisierung und Digitalisierung. In: MedienPädagogik 37, S. 265-281.
- van Deth, Jan W. (2014):** A conceptual map of political participation. In: Acta Politica, 3/2014, S. 349-367.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2019):** Hauptgutachten. Unsere gemeinsame digitale Zukunft. Berlin. Online: <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft> [Stand: 2021-12-21].
- Zeuner, Christine/Kessl, Fabian/Schmidt, Katja (2016):** Wie politisch ist die Erziehungswissenschaft? In: Erziehungswissenschaft. Mitteilungen der DGfE. 26 (50), S. 5-6.



Foto: Thomas Koziel

**Jun.-Prof. in Dr. in Inken Heldt**

<https://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft>  
+49 (0)631 205-5380

Inken Heldt lehrt und forscht als Juniorprofessorin mit den Schwerpunkten Diskriminierungskritik und Menschenrechte, Digitalisierung und internationale Dimensionen der Politischen Bildung an der Universität in Kaiserslautern und hatte 2019-2020 eine Gastprofessur für Digital Citizenship Education an der Universität Wien inne.

# Digital Transformation, Mediatization, Democracy: Political media education as a concern and mission of adult education

## Abstract

The author's basic thesis is that the digital transformation is "political" in a much more encompassing sense than generally considered. For the political aspect of the digital transformation is not exhausted in politics-related intentions by people acting in the digital public sphere but is a fundamental component of the functional logic and conditions of digital spaces. The interests of a variety of actors pervade their configuration and infrastructure. This has far-reaching consequences for the content and goals of political media education, which have hardly found their way into educational practice. One main task is to make people aware of the mostly inaccessible techno-social structures that inevitably leave a mark on them and how they live together and lead to a critical questioning of these structures by (not) allocating opportunities and ordering knowledge and relevance. These mostly invisible mechanisms must enter into view so that people are able to take a good look at the power relations inherent to the digital transformation. Thus, educational subjects should be encouraged to organize digital change actively and democratically. (Ed.)

# Impressum/Offenlegung



## Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs  
Gefördert aus Mitteln des BMBWF  
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck  
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:  
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)  
ISSN: 2076-2879 (Druck)  
ISSN-L: 1993-6818  
ISBN: 9783755723967

## Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien  
Keplerstraße 105/3/5  
A-8020 Graz  
ZVR-Zahl: 167333476

## Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,  
Wissenschaft und Forschung  
Minoritenplatz 5  
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung  
Bürglstein 1-7  
A-5360 St. Wolfgang

## HerausgeberInnen der Ausgabe 44-45, 2022

Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elke Gruber (Universität Graz)  
Mag.<sup>a</sup> Julia Schindler (Universität Innsbruck)

## HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

MinR Robert Kramreither (Bundesmin. f. Bildung, Wissenschaft u. Forschung)  
Dr.<sup>in</sup> Gerhild Schutti (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

## Fachbeirat

Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elke Gruber (Universität Graz)  
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)  
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)  
Mag.<sup>a</sup> Julia Schindler (Universität Innsbruck)  
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)  
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

## Redaktion

Simone Müller, M.A. (Verein CONEDU)  
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

## Fachlektorat

Mag.<sup>a</sup> Laura R. Rosinger (Textconsult)

## Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.<sup>a</sup> Andrea Kraus

## Satz

Mag.<sup>a</sup> Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

## Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

## Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

## Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

## Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter [www.creativecommons.at](http://www.creativecommons.at).

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an [magazin@erwachsenenbildung.at](mailto:magazin@erwachsenenbildung.at) oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

## Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at  
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs  
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien  
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz  
[magazin@erwachsenenbildung.at](mailto:magazin@erwachsenenbildung.at)